

Die am Runden Tisch vertretenen Parteien und Gruppierungen werden aufgefordert, diesen Prozeß aktiv mitzutragen. Der Runde Tisch unterstützt diese Forderung.

3. Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern

Die Regierung ist aufzufordern, zur Schaffung von Voraussetzungen für eine zukunfts-fähige Entwicklung unserer Gesellschaft die durch stalinistische Kaderpolitik im Ver-laufe von 40 Jahren geschaffenen Machtstrukturen aufzubrechen.

Begründung:

- Die stalinistische Kaderpolitik der vergangenen 40 Jahre hatte erklärtermaßen das Ziel, den Machterhalt, die Machterweiterung der SED und ihrer führenden Mitglie-der zu sichern. Konsequenterweise ging es bei der Kaderauswahl in erster Linie um politisches Wohlergehen. Fachliche Kompetenz, moralische Integrität und Leitungsqualitäten spielten eine untergeordnete Rolle.
- Es gibt zahlreiche gesicherte Beispiele, daß bisher leitende Kader, nachdem sie in der Regel die nun nicht mehr führende Partei verlassen haben, ihre bisherige Kader-politik des Machterhalts für sich und ihre alten Freunde fortsetzen, indem sie sich durch die von ihnen Geförderten scheindemokratisch legitimieren lassen oder durch die Schaffung neuer Strukturen ihre persönlichen Positionen sichern. Fehlende und nicht den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechende Mitbestimmungsrechte der Werktätigen begünstigen dieses Vorgehen.

Sofortige Maßnahmen

1. Die Kaderleiter (Personalchefs) aller Einrichtungen der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Bildungswesens sowie in den staatlichen Einrichtungen und Verwaltungen sind mit sofortiger Wirkung von ihrer Funktion zu entbinden. Die Neueinstellung eines Per-sonalchefs bleibt dem neuen Leiter. Die gewählten betrieblichen Gewerkschaftsorgane bzw. die Betriebsräte erhalten das Vetorecht.
2. Die Regierung wird aufgefordert, die Festlegungen in den Ministerratsbeschlüssen vom 21. 12. 1989 / 1. 2. 1990 (siehe Anlage), die den Generaldirektoren bzw. den zuständigen Ministern die Eigenverantwortung bei wirtschaftsorganisatorischen Maß-nahmen einräumt, sofort aufzuheben und bereits getroffene, mit demokratischen Organen nicht abgestimmte Entscheidungen zu revidieren.
3. Die Vernichtung, Veränderung bzw. Rückgabe von Kaderunterlagen ist sofort zu beenden. Der entsprechende Ministerratsbeschluß ist außer Kraft zu setzen. Eine einheitliche Regelung zum Umgang mit Kaderakten ist schnellstens zu erarbeiten. In den Personalunterlagen ist die Parteizugehörigkeit vor dem 30. 6. 1989 wehr-heitsgemäß festzustellen. Sie hat den Erfordernissen des Personen-Datenschutzes zu entsprechen.
4. Die laufenden Berufungsverfahren zu Hochschullehrern bzw. Akademieprofessoren sind generell auszusetzen. Eine Ausnahme bilden begründete Härtefälle, die durch den Minister für Bildung bzw. den neu gewählten Präsidenten der AdW der DDR zu entscheiden sind. Umberufungen von Hochschullehrern sind mit sofortiger Wir-kung auszusetzen, bereits erfolgte Umberufungen müssen anhand von durch die neue Regierung zu erarbeitenden Kriterien auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft wer-den.

Künftige Maßnahmen

5. Alle zur Wahrnehmung mittlerer und höherer Funktionen berufenen oder ernannten Leiter in Einrichtungen der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Bildungswesens sowie in den staatlichen Einrichtungen und Verwaltungen haben sich einer Vertrauensab-stimmung aller Beschäftigten mit vorausgehender öffentlicher Aussprache und An-hörung zu stellen. Diese Abstimmung hat geheim zu erfolgen. Bis dahin erhalten die genannten Leiter den Status "amtierend".

6. Ein abgewählter Leiter darf seine Funktion nicht weiter ausüben. Bis zur Einsetzung eines neuen Leiters ist dessen Funktion kollektiv wahrzunehmen.

Anlage

Auszug aus dem Beschluß des Ministerrates vom 1. 2. 1990 (12/3/90)

Festlegung 6

Die Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate werden berechtigt, ab sofort jede Art von wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen innerhalb des Kombi-notes oder Handelsorgans in eigener Verantwortung zu entscheiden.

Veränderungen, die über den Rahmen des Verantwortungsbereiches der Generaldirektoren ... hinausgehen, sind in eigener Verantwortung durch die zuständigen Minister zu entscheiden.

Grundlage Beschluß des Ministerrates vom 21. 12. 1989 (8/1./89)

Auszug aus dem Beschluß des Ministerrates vom 21. 12. 1989 (8/1./89)

5. 10, Punkt 2 a

Die Generaldirektoren der Kombinate sind berechtigt, innerhalb ihres Bereiches eigenverantwortliche Entscheidungen zur Herausbildung und Durchsetzung effektiver Leitungsstrukturen zu treffen. Das betrifft z. B. Fragen der Leitung über den Stammbetrieb, die Zusammenführung bzw. Neuordnung von Betrieben ihres Bereiches nach dem Erzeugnisprinzip. Vorschläge zur Überführung bestimmter Betriebe, Betriebsteile bzw. einzelner Erzeugnisse in andere Verantwortungsbereiche sind, sofern damit nicht Veränderungen von Eigentumsformen verbunden sind, durch die zuständigen Minister bzw. Vorsitzenden der Räte der Bezirke zu entscheiden.

4. Zu Fragen des Wohnsitzes von Führungskräften, von Parteien und politischen Vereinigungen

Im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Parteien und politischen Vereinigungen, der Konstituierung eines neuen Parlaments und einer neuen Regierung ergibt sich für viele an diesen Stellen Engagierte die Notwendigkeit, ihren Wohnsitz ständig oder vorübergehend nach Berlin zu verlegen.

1. Die freie Wahl des Wohnortes ist für alle Bürgerinnen und Bürger der DDR ab sofort zu gewährleisten.
2. Der Magistrat von Berlin wird aufgefordert, auf Antrag der jeweiligen Parteien und politischen Vereinigungen für Personen, die in den zentralen Vorständen arbeiten oder im zukünftigen Parlament bzw. der Regierung tätig sind, entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

5. Zu Ämtern für Arbeit

Zur Neuprofilierung und Umstrukturierung der Ämter für Arbeit in der DDR ist u. a. dringend eine bessere Ausstattung mit Räumlichkeiten und entsprechenden materiellen Mitteln erforderlich. Um schnell den schon massiv anstehenden Problemen gerecht werden zu können, müssen die Ämter für Arbeit bei der Vergabe von ehemaligen Objekten und Inventars des MIS die notwendige Berücksichtigung finden.

6. Zum sozialen Sicherungsnetz

Der Runde Tisch empfiehlt der neuen Regierung, neben der Expertengruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion eine eigenständige Expertengruppe zum Sozialverbund zu bilden.